

"Wir müssen dem Kapitalismus die Raubtierzähne ziehen"

Die SP sei die einzige Partei, die Lösungen anbiete. Das Programm zeige, wie lebendig die SP sei, sagt Roland Näf

Interview: Rudolf Burger

Herr Näf, Ricardo Lumengo ist aus der SP ausgetreten – hat sich das Problem erledigt?

Nein. Wir wollten nie, dass Ricardo Lumengo aus der Partei austritt, wir haben den Rücktritt aus dem Nationalrat gefordert. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge. Nicht erledigt ist die Sache auch, weil ein Mensch persönlich stark betroffen ist. Es geht ihm nicht gut.

Auf der Webseite der SP gab es einige negative Kommentare, es hiess etwa, die SP-Geschäftsleitung habe vorschnell den Rücktritt verlangt.

Bis zu den letzten Tagen konnte ich nicht sagen, was Sache ist. Jetzt können wir klar kommunizieren: Schon im September haben wir mit Ricardo Lumengo darüber gesprochen, was bei einem Freispruch und was bei einer Verurteilung geschehen müsse. Damals haben wir festgelegt, dass wir bei einer Verurteilung den sofortigen Rücktritt fordern werden.

Hat Herr Lumengo zugestimmt?

Ja, und er hat mir und seiner Bieler SP-Sektion erklärt, dass er bei einer Verurteilung selbstverständlich zurücktrete. Er ist nur nie davon ausgegangen, dass es eine Verurteilung gibt. Ich war sehr überrascht, als er nach dem Urteil in den Medien erklärte, er trete nicht zurück.

Der Parteiaustritt ist verständlich – so kann er im Nationalrat bleiben.

Er kann das bis zu den Wahlen. Es kann aber nicht sein, dass ein Politiker im Nationalrat ohne Fraktion politisiert, die Stärke in einem Parlament hängt von der Fraktion ab. Also ist es für ihn und für uns keine glückliche Lösung.

Auf der SP-Webseite hiess es, dass «dieses individuelle Fehlverhalten auch der Sache der Integration und Akzeptanz der Migrantinnen und Migranten geschadet hat». Dieser Satz hat Ihnen Kritik eingebracht.

Das war leider die Rückmeldung, die wir von sehr vielen Leuten erhalten haben, gerade auch von Ausländerinnen und Ausländer, die relativ scharf auf Ricardo Lumengo reagierten. Sie hatten das Gefühl, durch sein Verhalten kämen sie in ein schlechtes Licht.

Schlecht ist die Sache für die SP, weil Sie jetzt keinen neuen Nationalrat aufbauen können.

Natürlich hätten wir auf der Männerliste gerne drei Bisherige gehabt. Deshalb ist die Sache effektiv unangenehm . . .

. . . aber doch nur halb so schlimm, man hört, dass Alexander Tschäppät, ein Zugpferd, für den Nationalrat kandidieren darf.

Wir haben nicht nur ein, wir haben sehr viele Zugpferde.

Trotz den vielen Zugpferden, die Sie vor drei Jahren hatten, hat die Berner SP bei den Nationalratswahlen 2007 zwei Sitze verloren. Was lief falsch?

Problematisch war, dass damals zu viele SP-Nationalräte auf das Ende der Legislatur hin zurücktraten. 2007 haben wir Prozentanteile verloren, ich bin aber optimistisch, dass es im nächsten Herbst wesentlich anders sein wird.

Was ist Ihr erklärtes Wahlziel?

Im Vordergrund steht die Eroberung eines siebten Sitzes.

Die Voraussetzungen sind schlecht. Das Lausanner Parteiprogramm hängt Ihnen wie ein Klotz am Bein.

Das Gegenteil ist richtig. Das Lausanner Parteiprogramm zeigt, dass wir eine Partei sind, die lebendig ist, die heftig diskutieren kann, die unglaublich breit ist. Wir haben einerseits Leute, die sehr gute, pragmatische Realpolitik machen und bis in die Mitte der Bevölkerung gut gewählt werden. Das Aushängeschild dafür ist Simonetta Sommaruga. Andererseits braucht es Leute mit Visionen. Die fordern im Parteiprogramm die Überwindung des Kapitalismus und der Abschaffung der Armee. Die SP war immer die Partei, die es geschafft hat, Visionen zu entwickeln, der Zeit 100 Jahre voraus. Wären wir hier vor 100 Jahren gesessen, hätten Sie mich kritisiert wegen eines Parteiprogramms, in dem Spinner das Frauenstimmrecht oder die AHV verlangten.

Jetzt schreiben wir aber das Jahr 2010, wir haben das Ende des abgewirtschafteten Sozialismus erlebt, und nun will die SP den Kapitalismus überwinden. Das steht doch schräg in der Politlandschaft.

Was passiert im Moment bei den Banken? Da laufen wir wieder ins genau gleiche Dilemma, alle bürgerlichen Parteien haben verhindert, dass bessere Lösungen gefunden werden. Die SP ist die einzige Partei, die Lösungen anbietet.

Man ist sich doch einig, von den Banken eine höhere Eigenkapitalquote zu verlangen.

Wenn ich sehe, was für Übergangsfristen gelten, kann ich nur den Kopf schütteln. Wahrscheinlich haben wir schon in den nächsten Jahren wieder die gleichen Probleme.

Was soll an die Stelle des Kapitalismus treten, der doch für breiten Wohlstand gesorgt hat?

Meine persönliche Ansicht ist die: Wir müssen diesem Kapitalismus die Raubtierzähne ziehen, das Auseinanderdriften in der Gesellschaft stoppen. Die Überwindung steht vielleicht in 100 Jahren an, wenn wir gescheitert sind. Man ist ja auch in Bezug auf das Frauenstimmrecht gescheitert geworden.

Sie haben die starke Mitte in der SP betont. In Lausanne hat sich deren Realpolitik nicht durchgesetzt.

Das sagen Leute, die das Parteiprogramm nicht von A bis Z gelesen haben. Auf über 50 Seiten machen wir viele realpolitische Vorschläge, zum Beispiel zur Förderung von Kindern aus bildungsfernen Familien. Bei der Umwelt haben wir Vorschläge, die morgen umsetzbar sind. Aber von all diesen Lösungen redet niemand, Sie reden nur von den paar Punkten, die Visionen darstellen.

Auch nach Ansicht prominenter Genossen ist in Lausanne einiges schief gelaufen. Alt-SP-Nationalrat Rudolf Strahm hat erklärt, dieses Programm sei der Einstieg in den Abstieg.

Aufregen müssten sich die Leute darüber, wie im Jahr 2010 Missstände nicht angepackt werden. Denken wir an die Umwelt, denken wir an Arbeitsplätze im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien. Da haben wir konkrete Lösungen, da diskutiere ich gerne. Ich habe wenig

Verständnis für die Aufregung über Visionen, von denen wir nicht wissen, wie weit wir in 100 Jahren sind.

Mit andern Worten: Sie halten die Visionen selber für irrelevant?

So habe ich das nicht gesagt. Wir brauchen beides, konkrete Visionen, längerfristige Vorstellungen, auf der andern Seite aber auch Lösungen für 2010.

Eine weitere dieser Vision ist das bedingungslose Grundeinkommen für alle. Wie soll das finanziert werden?

Da habe ich mich – abgesehen von der Finanzierung – gefragt, ob das effektiv sinnvoll sei und habe dagegen gestimmt. Ich akzeptiere aber, dass es dafür eine Mehrheit gab, das ist eben die Lebendigkeit, die Breite der Partei. Im Programm gibt es so viele gute Vorschläge, dass ich auch Dinge schlucken muss, die mir nicht entsprechen.

Wie halten Sie es mit dem EU-Beitritt?

Wenn wir schauen, wie die Stimmung in der Bevölkerung ist, ist das auch eine Vision. Aber ich denke auch daran, wie die SP 1984 beim Bankgeheimnis eine Abfuhr erhalten hat. Jetzt hat sogar die SVP zugestimmt, dass das Bankgeheimnis praktisch in den Abfalleimer geworfen wurde. Visionen können sich also auch erfüllen.

Wie steht es mit der Abschaffung der Armee? Demnächst sind Wahlen in Thun, und die Thuner SP hat erklärt, sie «distanziere sich von weltfremden Parteitagsbeschlüssen der SP Schweiz». Auch dieser Programmpunkt ist umstritten.

Das ist richtig, da gibt es unterschiedliche Meinungen. Es ist aber nicht so, dass die Armeeabschaffung in der nächsten Kommissionsitzung ein Thema sein wird. Ich denke, es wird als langfristige Vision möglich sein, dass die Schweizer Truppe in ein europäisches Sicherheitsdispositiv integriert wird. Der Parteitagsbeschluss zeigt in Richtung weniger militärischer Lösungen von Problemen.

SP-Nationalrätin Evi Allemann hält diesen Beschluss für «weltfremden Dogmatismus». Ist die SP dem Jungsozialisten Cédric Wermuth auf den Leim gekrochen?

Ich bin selber in der Geschäftsleitung der SP Schweiz und wiederhole: In der Partei gibt es den pragmatischen und visionären Flügel. Cédric Wermuth hat viele visionäre Gedanken, das finde ich richtig, man darf aufrütteln. Aber es gibt auch die Leute, die wie Sie seine Ansichten für weltfremd halten. Diese Leute konzentrieren sich auf konkrete, pragmatische Politik.

Als Aussenstehender hat man das Gefühl, die Akademikerpartei SP habe den Kontakt zum einfachen Bürger verloren – der wählt SVP.

Schauen wir unsere Wählersegmente an: Es gibt viele Leute mit sehr tiefen Löhnen, die uns auch voll unterstützen. Die konkreten Lösungen für einfache Leute haben wir: Wer fordert im nächsten Jahr die Einführung eines Mindestlohnes? Es kann ja nicht sein, dass jemand 42 Stunden in der Woche hart arbeitet und die Familie nicht ernähren kann. Wer hat die Lösung? Nicht die SVP, nicht die FDP, nicht die CVP, sondern die SP.

Mindestlöhne sind umstritten, sie führten zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, sagen Ökonomen.

Andere wie Galbraith, Fassbind oder Stiglitz behaupten das Gegenteil.

In den kantonalen Wahlen seit 2007 hat die SP fast nur verloren, der Erfolg im Jura letzten Sonntag war eine Ausnahme. Gibt sich die SP mit 15-Prozent Wähleranteil zufrieden?

Es gab immer Wellenbewegungen. Ich wette, es wird demnächst wieder massiv aufwärtsgehen. Wir werden zulegen. Die SP ist die einzige Partei, die sich damit auseinandersetzt, dass der Steuerwettbewerb vollkommen aus dem Ruder gelaufen ist. In den reichen Kantonen wie Zug finden die Leute keine Wohnungen mehr. Im Kanton Jura haben die Menschen fünfmal weniger Vermögen als in Zug. Da hat die SP als einzige Partei konkrete Lösungen einer Politik des Miteinanders statt Gegeneinanders.

Die Steuergerechtigkeitsinitiative greift ein heiliges Gut der Schweizer Politik an, den Föderalismus, der besagt, dass jeder Kanton selber über seine Steuern entscheidet.

Wir schränken die Autonomie in keiner Weise ein, es geht nur um Einkommen über 250 000 beziehungsweise 400 000 Franken bei Familien und Vermögen über zwei Millionen. Unterhalb, für über 98 Prozent der Bevölkerung, wird weiterhin die volle Autonomie spielen.

Es sieht für Ihre Initiative laut Umfragen aber nicht mehr allzugut aus.

Doch, bei der letzten Umfrage waren immerhin noch 46 zu 39 Prozent dafür.

Probleme wird es aber sicher mit dem Ständemehr geben.

Es wäre das Schlimmste, wenn die Schweizer Bevölkerung für mehr Steuergerechtigkeit wäre, aber die kleinen reichen Kantone die Steuergerechtigkeit vermässeln würden.

Im Februar stimmen wir im Kanton Bern vermutlich über die Zukunft der Atomkraft ab. Ich nehme an, Sie sind gegen ein neues AKW.

Selbstverständlich. Mir geht es dabei auch um Arbeitsplätze. Ein AKW wird wahrscheinlich von Franzosen gebaut, es gibt kaum neue Arbeitsplätze in der Region. Erneuerbare Energien schaffen Tausende von Arbeitsplätzen, insbesondere im ländlichen Raum, wo es Arbeitsplätze bräuchte.

Halten Sie die 2000-Watt-Gesellschaft realistisch?

Im Moment nicht, das ist ein langfristiges Modell. Auch das ist eine Vision, aber nicht für erst in 100 Jahren. Windenergie und Photovoltaik haben sich rasant entwickelt, selbst der Direktor der Internationalen Energieagentur hat kürzlich gesagt, das habe man nicht voraussehen können.

Nur: Der Energiekonsum steigt, im Moment sind wir vermutlich etwa bei 6000 Watt.

Es wäre der Job der BKW, Energieeffizienz zu fördern. Statt dessen wurden noch bis vor ein paar Jahren Elektroheizungen gefördert. Das kann ich nicht akzeptieren. Wir müssen wirklich lernen, effizient mit Strom umzugehen.

Ölheizungen werden durch Wärmepumpen ersetzt, die Strom brauchen, Elektroautos brauchen Strom, die Chancen, dass der Stromverbrauch zurückgeht, sind eher klein.

Einverstanden, wenn ich an die Mobilität denke. Ich habe persönlich eine Haltung, die vielleicht von der Partei nicht immer getragen wird: Wir brauchen mehr Speicherkapazität in den Alpen.

Das heisst: es müssen neue Stauseen gebaut werden?

Konkret heisst das für mich – und das ist mit der Partei nicht abgesprochen – dass ich klar für die Erhöhung der Grimsel-Staumauer bin. Ich kann mir auch sehr gut vorstellen, dass das Projekt eines 30 Kilometer-Stollens vom Räterichsboden bis zum Brienzensee verwirklicht wird. Von dem,

was ich bisher weiss, ist das ein ökologisch sehr gutes Projekt.

Da liegen Sie aber mit Ihrer Partei wohl übers Kreuz.

Da haben wir unterschiedliche Auffassungen. Aber ich glaube, wir müssen Kompromisse machen, wir müssen das Potenzial der erneuerbaren Energien nützen. Das ist eine Chance.

In der Stadt Bern wird am 28. November über zwei Ausstiegsvorschläge abgestimmt: Der eine möchten Bern bis 2030 atomstromfrei haben, der andere bis 2039.

2030 ist durchaus realistisch, wenn man die Studie der Internationalen Energieagentur anschaut. Wie gesagt: es geht mit der erneuerbaren Energie viel schneller, als wir alle gedacht haben. Biogasanlagen sind eine Chance für unsere Bauern, und bei der Geothermie müssen wir das Beispiel Basel vergessen und schauen, was möglich ist.

Wenn es im Bundesrat nicht läuft wie gewünscht, könnte es in der SP wieder eine Austrittsdebatte geben. Wo stehen Sie da?

Ich bin pragmatisch. Wir haben ein Konkordanzsystem. Ich kann mir nur sehr schwer vorstellen, dass die SP aus dem Bundesrat austritt. Wir können in diesem Land nicht arbeiten, wenn wir nicht bereit sind, in Kommissionen und in der Regierung zusammenzuarbeiten.

Es gibt ja auch die Vorstellung einer Konkordanz etwa ohne die SVP.

Ich bin von der Ausbildung her Politologe und teile diese Auffassung nicht. Wir brauchen auch die SVP in der Regierung, wir müssen zusammenarbeiten können. Das hat unser Land geprägt und eine Politik ermöglicht, die der Bevölkerung viel bringt.

Sie sind seit 1. September Parteipräsident. Ricardo Lumengo war wohl ein Vorspiel, jetzt kommen Wahlen und weitere grosse Belastungen auf Sie zu. Ist das Präsidentenamt ein 20, 30 oder 40-Prozent-Job?

Im Moment ein 70 Prozent-Job, also nicht etwas, was ich jahrelang machen könnte. Es gab spezielle Situationen, wir durften Simonetta Sommaruga wählen, Ständeratswahlen aufgleisen und wir hatten jetzt den Fall Lumengo. Im Moment läuft unglaublich viel.

Können Sie daneben noch Schulleiter sein?

Ich habe reduziert und brauche ein sehr gutes Zeit-Management. Am Abend geht es bis 23 Uhr, und an den Wochenenden arbeite ich durch.

Haben Sie sich mit der Juso versöhnt, die Sie nicht als Präsidenten akzeptieren wollte, weil sie Killer-Computerspiele ablehnen?

Versöhnen musste ich mich nie. Es gab einzelne, die mir gegenüber sehr kritisch waren. Ich bin nach wie vor ein vehementer Gegner solcher Spiele. Das wissen alle, und mit diesem Wissen hat man mich gewählt. Ich bin Ethiker, habe Pädagogik und Psychologie studiert und weiss, was in den Köpfen der Spieler passieren kann. Als Schulleiter und Bildungspolitiker kann ich nicht verantworten, was in diesem Bereich läuft.

Nach Ihrer Wahl haben Sie erklärt, das Oberlehrerhafte, das man Ihnen nachsagt, ablegen zu wollen. Ist Ihnen das schon gelungen?

Das müssen Sie die Kolleginnen und Kollegen im Grossen Rat fragen. Ich versuche es, und meine, schon etwas erreicht zu haben, aber es ist nicht einfach. Wir haben alle unsere Ticks.

Kandidieren Sie für den Nationalrat?

Ja. Es wäre komisch, wenn ich meine Kolleginnen und Kollegen im Grossen Rat dazu auffordern würde und dann selber nicht kandidierte.

Rechnen Sie sich Wahlchancen aus?

Geringe. Ich kann nicht genügend Geld für den Wahlkampf aufbringen, habe keinen Verband hinter mir und nicht den nötigen Bekanntheitsgrad. Die Arbeit als Parteipräsident steht im Vordergrund. Daran habe ich Spass.